

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergrheinfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



Ersteller:



ILF Beratende Ingenieure GmbH
Werner-Eckert-Str. 7
81829 München

DokumentenzahlNr.: A100-ILF-002836-AT-007

Planfeststellung

Planfeststellungsabschnitt A3 von km 0+000 bis 43+756

Unterlagen nach § 21 NABEG

Teil K02

Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen
Anhang 04: Unterlagen für Zulassungen in Wasserschutzgebieten
gem. § 52 WHG

00	27.07.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	Hoffmann	Gullner	Pfeiffer
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Festgestellt nach §24 NABEG

Bonn, den 19.12.2024

Im Auftrag

Daniel Matz



Inhaltsverzeichnis

1	Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2	Beschreibung	5
3	Voraussetzungen zu Verbotsbefreiungen oder Genehmigungen.....	13
4	Verzeichnisse	15
4.1	Glossar.....	15
4.2	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	15

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Schutzbestimmungen, potenziell von einem Erdkabel betroffene Verbote	6
Tabelle 2:	Zusammenfassung der Verbotsverletzung und Auswirkungsprognose	8

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
Abs.	Absatz
Alt.	Alternative
ca.	circa
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
bz	beschränkt zulässig
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NI	Niedersachsen
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
PFA	Planfeststellungsabschnitt
SL	SuedLink
v	verboten
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WSG	Wasserschutzgebiet

1 Inhalt und Zweck des Dokuments

Das vorliegende Dokument „Teil K02 – Anhang 04: Unterlagen für Zulassungen in Wasserschutzgebieten nach § 52 WHG“ ist Bestandteil der einzureichenden Unterlagen nach § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt A3. Es beinhaltet die Unterlagen zur Beurteilung von in die Planfeststellung einkonzentrierten Zulassungen gemäß § 52 WHG „Besondere Anforderungen in Wasserschutzgebieten“.

Die wesentlichen Informationen zum vorliegenden Anhang 04 können Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ entnommen werden.

2 Beschreibung

Gemäß Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ Kapitel 3.4 und 3.5 verläuft die Kabeltrasse durch die beiden Wasserschutzgebiete Himmelpforten und Heinbockel.

Die Lage der Wasserschutzgebiete kann der Anlage 01 des Teils L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ entnommen werden.

Das Wasserschutzgebiet Himmelpforten wird von der Trasse zwischen ca. KM 21+000 und KM 23+030 in der Schutzzone III A und zwischen ca. KM 23+030 und KM 23+670 sowie zwischen KM 28+390 und KM 29+690 in der Schutzzone III B gequert.

Die Schutzzone III B des Wasserschutzgebiets Heinbockel wird zwischen KM 29+690 und 32+710 auf einer Länge von rund 3 km durchfahren.

Die Wasserschutzgebiete werden vom Trinkwasserverband Staderland für die Trinkwassergewinnung genutzt.

Für beide Schutzgebiete liegt jeweils eine Schutzgebietsverordnung von 2001 vor, zuletzt geändert 2002 (/1/ und /2/).

Die Verordnungen geben für beide Schutzgebiete gleichlautende Schutzgebietsbestimmungen vor, nach denen bestimmte Handlungen verboten oder beschränkt zulässig und damit genehmigungspflichtig sind.

Gemäß Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ Kapitel 3.4 werden durch die Baumaßnahme die in Tabelle 1 aufgeführten Schutzbestimmungen durch folgende Sachverhalte im Rahmen der Baumaßnahme potenziell berührt:

- Versickerung von Niederschlags- und Stauwasser
- Einleitung von Grundwasser in Oberflächengewässer
- Transport des Förderwassers durch oder aus dem WSG
- Errichten und Betrieb von Wasseraufbereitungsanlagen
- Verwendung und Transport von Kraft- und Schmierstoffen und ggf. besondere chemische Zusätze für Bohrspülungen
- Errichtung von temporären Verkehrswegen für Motorfahrzeuge
- Temporäre Verminderung oder Ausbau von Grundwasserüberdeckungen
- Temporäre Erdaufschlüsse tiefer als 3 m
- Bohrungen für GW-Messstellen, Herstellung von eingefrästen Tiefendrains

In Tabelle 1 gelten folgende Abkürzungen:

- v : verboten
- bz : beschränkt zulässig und damit genehmigungspflichtig
- * : keine Beschränkungen des Katalogs der Schutzbestimmungen der Schutzgebiets-Verordnung

Tabelle 1: Schutzbestimmungen, potenziell von einem Erdkabel betroffene Verbote

Schutzbestimmung Nr.	Handlungen und Anlagen	Schutzzone II	Schutzzone III A	Schutzzone III B
1	<u>Einleiten von Abwasser in den Untergrund:</u>			
	a) Einleiten (Versenken, Versickern, Untergrundverrieselung) von industriellen und gewerblichen Abwässern in den Untergrund	v	v	v
	c) <u>Einleiten des von Verkehrsflächen abfließenden Wassers in den Untergrund</u>			
	ca) Versenken und Versickern <u>Ausnahme:</u> Versickern in Gebieten mit günstiger Untergrundbeschaffenheit in großflächigen Mulden und Becken mit belebter Zone	v	v	v
		v	bz	bz
	cb) Breitflächiges Abfließen des auf Verkehrsflächen anfallenden, ungesammelten Wassers über Seitenstreifen und Böschungen	v	bz	*
3	Einleiten von Abwasser und des von Verkehrsflächen abfließenden Wassers in oberirdische Gewässer	v	bz	bz
4	a) Durchleiten von Abwasser durch das Schutzgebiet	v	bz	*
	b) Hinausleiten von Abwasser aus dem Schutzgebiet	bz	bz	*
5	Bau von Abwasserbehandlungsanlagen und Abwassersammelgruben	v	bz	bz
6	Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung	v	v	v
27	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemäß § 161 Abs. 5 NWG außerhalb von ortsfesten Anlagen, Vorrichtungen oder Behältnissen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist oder ohne Verwendung tropfsicherer Umfülleinrichtungen	v	v	v
29	Transport wassergefährdender Stoffe, ausgenommen Anliegerverkehr	v	v	v

Schutzbestimmung Nr.	Handlungen und Anlagen	Schutzzone II	Schutzzone III A	Schutzzone III B
32	<p>e) Einbau von mineralischen Reststoffen/Abfällen (Boden, Bauschutt) ⁺⁾</p> <ul style="list-style-type: none"> - uneingeschränkter Einbau gem. Einbauklasse Z 0 - eingeschränkter Einbau gem. Einbauklasse Z 1 - eingeschränkter Einbau gem. Einbauklasse Z 2 <p>⁺⁾ gemäß Technischem Regelwerk der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen, einschließlich Teil II „Bauschutt“</p>	v v v	* v v	* bz v
36	Neubau und Ausbau von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen, Plätzen mit Ausnahme von land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen	v	bz	*
46	<p>Bodenabbau und Erdaufschlüsse, durch die die Grundwasserüberdeckungen auf Dauer vermindert werden</p> <ul style="list-style-type: none"> a) mit Freilegung des Grundwassers b) ohne Freilegung des Grundwassers 	v v	v bz	bz bz
47	Erdaufschlüsse, die räumlich und zeitlich eng begrenzt sind (z. B. Ausgrabungen, Ausschachtungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen) sowie alle über die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung hinausgehenden Bodeneingriffe von mehr als 3 m Tiefe	v	bz	bz
50	a) Bohrungen jeglicher Art (außer Horizontalbohrungen), nicht jedoch für die öffentliche Wasserversorgung	v	v	v

Basierend auf den von dem Bauvorhaben potenziell betroffenen Schutzbestimmungen sind in folgender Tabelle 2 die möglichen Verbotstatbestände und deren Auswirkungen gemäß Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ Kapitel 4.3.1.1.1 dargestellt:

Tabelle 2: Zusammenfassung der Verbotsverletzung und Auswirkungsprognose

Schutzbestimmung Nr.	Verbotsverletzung	Auswirkungsprognose
1	An mehreren Stellen ist geplant, dass auf Verkehrsflächen und aus offenen Wasserhaltungsmaßnahmen anfallende Wasser über ausgewiesene Flächen in den Untergrund versickern zu lassen.	In den Schutzzonen III A und III B beschränkt zulässig bzw. mit Auflagen verbunden. Das zu versickernde Niederschlags- und Stauwasser aus den offenen Wasserhaltungsmaßnahmen hat in der Regel nur eine geringe Schadstoffbelastung, welche vor allem durch Trübungen infolge von aufgewirbelten Feinkornanteilen geprägt ist. Die Grundwasserüberdeckungen oberhalb des wasserwirtschaftlich genutzten GW-Leiters haben aufgrund Ihrer hohen Mächtigkeit und der flächendeckend vorhandenen geringleitenden Schichten in der Grundwasserüberdeckung mittlere bis hohe Schutzwirkungen. Eine Eintrag von Schadstoffen und somit eine Gefährdung des Schutzzwecks wird ausgeschlossen.
3	Bei größeren Wassermengen aus den geschlossenen Wasserhaltungsmaßnahmen ist die Ableitung in oberirdische Gewässer vorgesehen.	In den Schutzzonen III A und III B beschränkt zulässig. Durch die Wasseraufbereitung wird das im Zuge der Baumaßnahme gehobene Grundwasser so weit aufgereinigt und chemisch an das Zielgewässer angepasst, sodass eine nachteilige Veränderung des chemischen Zustands der Oberflächengewässer, die ggf. auch im Kontakt zum Grundwasser stehen, nicht zu erwarten ist.
4	Über Druckrohrleitungen gelangt das anfallende Wasser zu den Einleitstellen. Je nach Entwässerungsrichtung der betroffenen Oberflächengewässer werden Abwässer aus dem WSG abgeführt.	In den Schutzzonen III A und III B beschränkt zulässig bzw. mit Auflagen verbunden. Über die Druckrohrleitungen wird das gehobene Grundwasser bzw. aufgefangene Niederschlagswasser (hier Abwasser) zur Aufbereitung transportiert. Das transportierte Wasser hat nach der Aufbereitung keine stoffliche Belastung (wassergefährdende Stoffe). Vor der Aufbereitung werden die Leitungen so verbunden, dass keine Leckagen auftreten können. Eine schutzzweckgefährdende Veränderung im Bereich der geplanten Leitungen kann daher ausgeschlossen werden.

Schutzbestimmung Nr.	Verbotsverletzung	Auswirkungsprognose
5	Für die Einleitung in Oberflächengewässer wird voraussichtlich eine Wasseraufbereitung erforderlich.	In den Schutzzonen III A und III B beschränkt zulässig. Lediglich temporärer Bau einer Wasseraufbereitungsanlage (voraussichtlich Enteisung) zur Aufbereitung des geförderten Grund- und Niederschlagswassers. Die Aufbereitungsanlage befindet sich in wasserdichten Stahlbehältern, so dass keine chemischen Zusatzstoffe nach außen dringen können. Nach Wasseraufbereitung keine stoffliche Belastung (wassergefährdende Stoffe), sodass eine schutzzweckgefährdende Veränderung im Bereich der geplanten Aufbereitungsanlagen ausgeschlossen werden kann
6	Geringe Wassermengen sollen über Flächen verrieselt werden.	In den Schutzzonen III A und III B verboten. Das zu versickernde Grund- und Niederschlagswassers aus den offenen und geschlossenen Wasserhaltungsmaßnahmen hat keine Belastung mit wassergefährdenden Stoffen. Die Grundwasserüberdeckungen oberhalb des wasserwirtschaftlich genutzten GW-Leiters haben aufgrund Ihrer hohen Mächtigkeit und der flächendeckend vorhandenen geringleitenden Schichten in der Grundwasserüberdeckung mittlere bis hohe Schutzwirkungen. Eine Eintrag von Schadstoffen und somit eine Gefährdung des Schutzzwecks wird ausgeschlossen

Schutzbestimmung Nr.	Verbotsverletzung	Auswirkungsprognose
27	Verwendung von Kraft- und Schmierstoffen für die Betriebsmittel. Ggf. besondere chemische Zusatzstoffe für Bohrspülungen	<p>In den Schutzzonen III A und III B verboten.</p> <p>Potenzieller Eintrag von wassergefährdenden Stoffen (z.B. Bentonit, WGK 1) Grundwasserüberdeckung durch Verwendung einer Stützflüssigkeit ggf. mit chemischen Zusätzen (Additive) in die Grundwasserüberdeckung bzw. den Grundwasserkörper im Zuge der geschlossenen Bauweisen (HDD).</p> <p>Minimierbarkeit bei Einhaltung einschlägiger Schutzvorschriften und Arbeiten gem. anerkannten Regeln der Technik. z.B. durch Verwendung abbaubarer Schmierstoffe bzw. Minimierung der Benutzung.</p> <p>Der Umgang mit entsprechenden Stoffen ist nur in dafür vorgesehenen, mit Bindemitteln ausgerüsteten Bereichen gestattet. Für Betankungen, Wartungen und anfallende Reparaturen sind besondere, technisch dafür eingerichtete Plätze vorzusehen und zu nutzen. Die Einrichtung dieser Flächen hat nach geltendem Recht zu erfolgen.</p> <p>Aufgrund der Geologischen und Hydrogeologischen Gegebenheiten (mind. mittlere bis hohe Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung, Eingriff nur in einen schwebendes Grundwasser, lange Fließzeiten im Untergrund) wird eine Gefährdung des Schutzzwecks ausgeschlossen.</p>
29	Transport von Kraft- und Schmierstoffen für die Betriebsmittel zum Einsatzort. Ggf. besondere chemische Zusatzstoffe (Additive) für Bohrspülungen	<p>In den Schutzzonen III A und III B verboten.</p> <p>Potenzieller Eintrag von wassergefährdenden Stoffen (z.B. Bentonit, WGK 1) durch Transport einer Stützflüssigkeit ggf. mit chemischen Zusätzen (Additive) in die Grundwasserüberdeckung bzw. den Grundwasserkörper.</p> <p>Minimierbarkeit bei Einhaltung einschlägiger Schutzvorschriften und Arbeiten gem. anerkannten Regeln der Technik. z.B. durch Verwendung abbaubarer Schmierstoffe und Minimierung der Benutzung.</p> <p>Der Umgang mit entsprechenden Stoffen ist nur in dafür vorgesehenen, mit Bindemitteln ausgerüsteten Bereichen gestattet. Für Betankungen, Wartungen und anfallende Reparaturen sind besondere, technisch dafür eingerichtete Plätze vorzusehen und zu nutzen. Die Einrichtung dieser Flächen hat nach geltendem Recht zu erfolgen.</p> <p>Aufgrund der Geologischen und Hydrogeologischen Gegebenheiten (mind. mittlere bis hohe Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung, Eingriff nur in einen schwebendes Grundwasser, lange Fließzeiten im Untergrund) wird eine Gefährdung des Schutzzwecks ausgeschlossen.</p>

Schutzbestimmung Nr.	Verbotsverletzung	Auswirkungsprognose
32	Aufgrund des Einsatzgewichtes der Betriebsmittel ist das Errichten temporärer befestigter Baustraßen erforderlich	<p>In den Schutzzonen III A und III B beschränkt zulässig bzw. mit Auflagen verbunden.</p> <p>Es werden ausschließlich Materialien gemäß Ersatzbaustoffverordnung verwendet (näheres hierzu siehe Teil L02 „Bodenschutzkonzept“). Diese erfüllen ebenso die Kriterien der LAGA Einbauklasse Z0. Eine Schutzzweckgefährdung, beispielsweise durch Auswaschungsvorgänge, kann durch die Verwendung unbelasteter, natürlicher Baustoffe ausgeschlossen werden.</p>
36	Aufgrund des Einsatzgewichtes der Betriebsmittel ist das Errichten temporärer befestigter Baustraßen erforderlich	<p>In der Schutzzone III A und III B beschränkt zulässig bzw. mit Auflagen verbunden.</p> <p>Eingriff zeitlich stark begrenzt. Es werden ausschließlich Materialien gemäß Ersatzbaustoffverordnung verwendet (näheres hierzu siehe Teil L02 „Bodenschutzkonzept“). Diese erfüllen ebenso die Kriterien der LAGA Einbauklasse Z0. Keine negativen Auswirkungen im Sinne einer Schutzzweckgefährdung zu erwarten.</p>
46	Durch den Aushub des Kabelgrabens temporäre Verringerung der Grundwasserüberdeckungen sowohl mit als auch ohne Freilegung des Grundwassers	<p>In der Schutzzone III A und III B verboten, bzw. beschränkt zulässig.</p> <p>Temporäre Verringerung der Schutzwirkung der Grundwasserüberdeckungen, bei Mächtigkeit der Grundwasserüberdeckungen < Aushubtiefe vollständiger Abtrag der Grundwasserüberdeckung. In Bereichen mit offener Bauweise nicht vermeidbar. Nach Verlegung des Erdkabels werden die Grundwasserüberdeckungen weitestgehend (bis auf die Bettungsschicht) wieder eingebracht und ein ursprungsnaher Zustand hergestellt.</p> <p>Aufgrund der Geologischen und Hydrogeologischen Gegebenheiten (mind. mittlere bis hohe Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung, Eingriff nur in einen schwebendes Grundwasser, lange Fließzeiten im Untergrund) und der nur kurzen örtlichen Bauzeit im Schutzgebiet wird eine Gefährdung des Schutzzwecks ausgeschlossen.</p> <p>Darüber hinaus aufgrund der nur temporären Verringerung der Schutzwirkung der Grundwasserüberdeckungen, der ursprungsnahen Wiederherstellung und der im Vergleich zum Grundwasserkörper geringen Flächenbetroffenheit.</p>

Schutzbestimmung Nr.	Verbotsverletzung	Auswirkungsprognose
47	Ggf. im Bereich von Muffenbaugruben Aushubtiefen > 3 m erforderlich	<p>In der Schutzzone III A und III B beschränkt zulässig.</p> <p>Temporäre Verringerung der Grundwasserüberdeckungen und ggf. örtlich Freilegung des Grundwassers im Bereich von Start und Zielbaugruben sowie ggf. Muffenbaugruben. Minimierbarkeit der Einwirkung bei Einhaltung einschlägiger Schutzvorschriften und Arbeiten gem. aktuellem Stand der Technik. z.B. durch Verwendung abbaubarer Schmierstoffe und Minimierung der Benutzung.</p> <p>Aufgrund der Geologischen und Hydrogeologischen Gegebenheiten (mindestens mittlere bis hohe Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung, Eingriff nur in einen schwebendes Grundwasser, lange Fließzeiten im Untergrund) und der nur kurzen örtlichen Bauzeit im Schutzgebiet wird eine Gefährdung des Schutzzwecks ausgeschlossen.</p> <p>Darüber hinaus aufgrund der nur temporären Verringerung der Schutzwirkung der Grundwasserüberdeckungen, der ursprungsnahen Wiederherstellung und der im Vergleich zum Grundwasserkörper geringen Flächenbetroffenheit.</p>
50	Messstellenbohrungen für Beobachtungspegel (Monitoring) Herstellen von eingefrästen Tiefendrains	<p>In der Schutzzone III A und III B verboten.</p> <p>Durchörterung der Grundwasserüberdeckungen, Veränderung der Bodenstruktur und ggf. Veränderung der hydrodynamischen Verhältnisse durch Dränagewirkung.</p> <p>Hohe Minimierbarkeit der Auswirkungen durch fachgerechte Wiederverfüllung der Bohrlöcher sowie ggf. Errichtung von Tonsperren entlang der Dränschlitze. Bei einer Durchführung gemäß anerkannten Regeln der Technik ist keine Gefährdung des Schutzzwecks zu erwarten.</p>

Für die in vorstehender Tabelle 2 dargestellten Sachverhalte, die gemäß der Schutzgebietsbestimmungen in der Schutzzone III A und III B verboten oder beschränkt zulässig sind, wird mit dem vorliegenden Dokument eine Verbotsbefreiung beziehungsweise eine Genehmigung beantragt.

3 Voraussetzungen zu Verbotsbefreiungen oder Genehmigungen

Die Schutzzonen III A und III B des WSG Himmelpforten werden auf einer Gesamtlänge von rund 3.970 m durchquert. Der geringste Abstand von der naheliegendsten Trinkwasserfassung beträgt gemäß Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“ Kapitel 4.3.1.1.2 rund 1.080 m zur Trasse beziehungsweise 860 m zur Einleitstelle.

Im WSG Heinbockel wird die Schutzzone III B auf einer Länge von rund 3.000 m gequert. Der geringste Abstand von der naheliegendsten Trinkwasserfassung beträgt rund 3.250 m zur Trasse beziehungsweise 3.300 m zur Versickerungsstelle.

Der wasserwirtschaftlich genutzte Grundwasserleiter hat in der Regel mittlere bis hohe Durchlässigkeiten. Die Schutzfunktionen der Grundwasserüberdeckungen sind oberflächennah stark schwankend. Aufgrund der tiefen Lage des genutzten Grundwasserleiters ist die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckungen dennoch insgesamt als mittel bis hoch einzustufen.

Ein direkter Eingriff ins Grundwasser erfolgt lediglich über den angetroffenen schwebenden Grundwasserleiter und somit nicht direkt in den wasserwirtschaftlich relevanten Grundwasserleiter.

§ 52 WHG regelt den Umgang mit besonderen Anforderungen in Wasserschutzgebieten, die sich aus der WSG-VO (Rechtsverordnung) für gemäß § 51 WHG festgesetzte WSG ergeben. Demnach können durch behördliche Entscheidung gemäß § 52 WHG, Abs. 1, Satz 1 bestimmte Handlungen verboten oder für nur eingeschränkt zulässig erklärt werden.

Die zuständige Behörde kann gemäß § 52 WHG, Abs. 1, Satz 2 von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird (Alt. 1) oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern (Alt. 2).

Eine solche Befreiung wird benötigt, wenn die Trasse durch ein festgesetztes WSG verläuft und dies mit Verbotsverletzungen verbunden ist. Gemäß vorangegangenen Kapitel werden teilweise Schutzbestimmungen bzw. Verbote verletzt.

Die Auswertung der vorliegenden Unterlagen hat ergeben, dass durch die Baumaßnahme kein direkter Eingriff in den zur Trinkwassergewinnung genutzten Grundwasserleiter stattfindet. Bei dem im Zuge der Baugrunderkundung angetroffenen Grundwasser handelt es sich um einen schwebenden Grundwasserleiter oberhalb des wasserwirtschaftlich genutzten Grundwasserleiters. Zwar ist eine generelle Verbindung der Grundwasserkörper wahrscheinlich, jedoch ist nicht zu erwarten, dass eine mögliche Verunreinigung auch aufgrund der kleinräumig stark schwankenden Grundwasserströmungen überhaupt in Kontakt zur Trinkwasserfassung gelangen wird.

Weiterhin ist das Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung in den betroffenen Bereichen als mindestens mittel bis hoch einzustufen, so dass zu den langen Fließzeiten im Untergrund zusätzlich ein hohes Abbaupotential in der Grundwasserüberdeckung vorhanden ist.

Weiterhin werden einschlägige Schutzbestimmungen beispielsweise zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen eingehalten und die Arbeiten nach den anerkannten Regeln der Technik fachgerecht ausgeführt. Der ursprüngliche Zustand wird nach den Tiefbauarbeiten funktionserfüllend wieder hergestellt.

Zusammenfassend ist somit festzustellen, dass eine Schutzzweckgefährdung durch die Baumaßnahme ausgeschlossen werden kann.

Im Fall einer Verbotsverletzung kommt neben der Befreiung wegen fehlender Schutzzweckgefährdung gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG eine Befreiung aufgrund überwiegender Gründe des Allgemeinwohls gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 2 WHG in Betracht.

Bei letzterem handelt es sich um einen von der fehlenden Schutzzweckgefährdung zu trennenden Befreiungstatbestand. Eine Abwägung gemäß dem Allgemeinwohlstatbestand ist vor diesem Hintergrund nur dann erforderlich, wenn eine Schutzzweckgefährdung auf Grundlage der oben dargestellten hydrogeologisch-wasserwirtschaftlichen Untersuchung nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann. In diesem Fall kommt eine behördliche Entscheidung nach § 52 Abs. 3 WHG in Betracht.

Eine solche behördliche Entscheidung wäre allerdings nicht erforderlich, wenn überwiegende Gründe des Allgemeinwohls die Querung des Einzugsgebietes erfordern. Vor diesem Hintergrund erfolgt vorliegend auch in diesem Fall eine Bewertung in Anlehnung an den Befreiungstatbestand des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 2 WHG.

Die Erteilung einer Befreiung oder Genehmigung verlangt ein Überwiegen von Gründen des Allgemeinwohls, die eine Inanspruchnahme des WSG bzw. des jeweiligen Einzugsgebietes trotz Schutzzweckgefährdung rechtfertigen würde.

Mit Blick auf das Vorhaben SuedLink ist festzuhalten, dass es sich um ein Vorhaben handelt, dessen energiewirtschaftliche Notwendigkeit und vordringlicher Bedarf durch § 1 Abs. 1 BBPlG in Verbindung mit Nr. 1 der Anlage zum BBPlG gesetzlich festgestellt sind. § 1 Satz 3 NABEG stellt zudem gesetzlich ausdrücklich klar, dass die Realisierung der erfassten Stromleitungen, aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist.

Diesem außerordentlich gewichtigen Allgemeinwohlinteresse ist das jeweils im Einzelfall bestehende wasserwirtschaftliche Interesse am Schutz der Wasserversorgung gegenüberzustellen. Dabei ist insbesondere die Bedeutung des betrachteten WSG für die Wasserversorgung in den Blick zu nehmen.

Wird ein Überwiegen der Allgemeinwohlgründe im Ergebnis der Abwägung festgestellt, so ist eine Befreiung bzw. Querung des Einzugsgebietes aus diesen Gründen als erforderlich zu bewerten, wenn es zur Wahrnehmung des jeweiligen öffentlichen Interesses vernünftigerweise geboten ist, das Vorhaben mit Hilfe der Befreiung an der vorgesehenen Stelle zu verwirklichen.

Bei Realisierung des Bauvorhabens kann eine Schutzzweckgefährdung bezüglich der Trinkwasserfassungen in den Wasserschutzgebieten Himmelpforten und Heinbockel ausgeschlossen werden.

Unabhängig von dieser Bewertung ist festzustellen, dass die Querung der WSG auch aus übergeordneten Allgemeinwohlgründen erforderlich ist.

Zusammenfassend werden keine Versagensgründe für die Erteilung der erforderlichen Befreiungen und Genehmigungen der im Kapitel 2 aufgeführten Tatbestände gesehen.

4 Verzeichnisse

4.1 Glossar

Freibleibend

4.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

- /1/ **Bezirksregierung Lüneburg (2001):** 6-WSG-1, Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Himmelpforten des Trinkwasserverband Staderland in Dollern, Landkreis Stade (Wasserschutzgebietsverordnung Himmelpforten)
- /2/ **Bezirksregierung Lüneburg (2001):** 6-WSG-2, Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Heinbockel des Trinkwasserverband Staderland in Dollern, Landkreis Stade (Wasserschutzgebietsverordnung Heinbockel)
- /3/ **NWG:** Niedersächsisches Wassergesetz vom 19.02.2010, zuletzt geändert am 22.09.2022
- /4/ **WHG:** Wasserhaushaltsgesetz vom 31.07.2009, zuletzt geändert am 04.01.2023